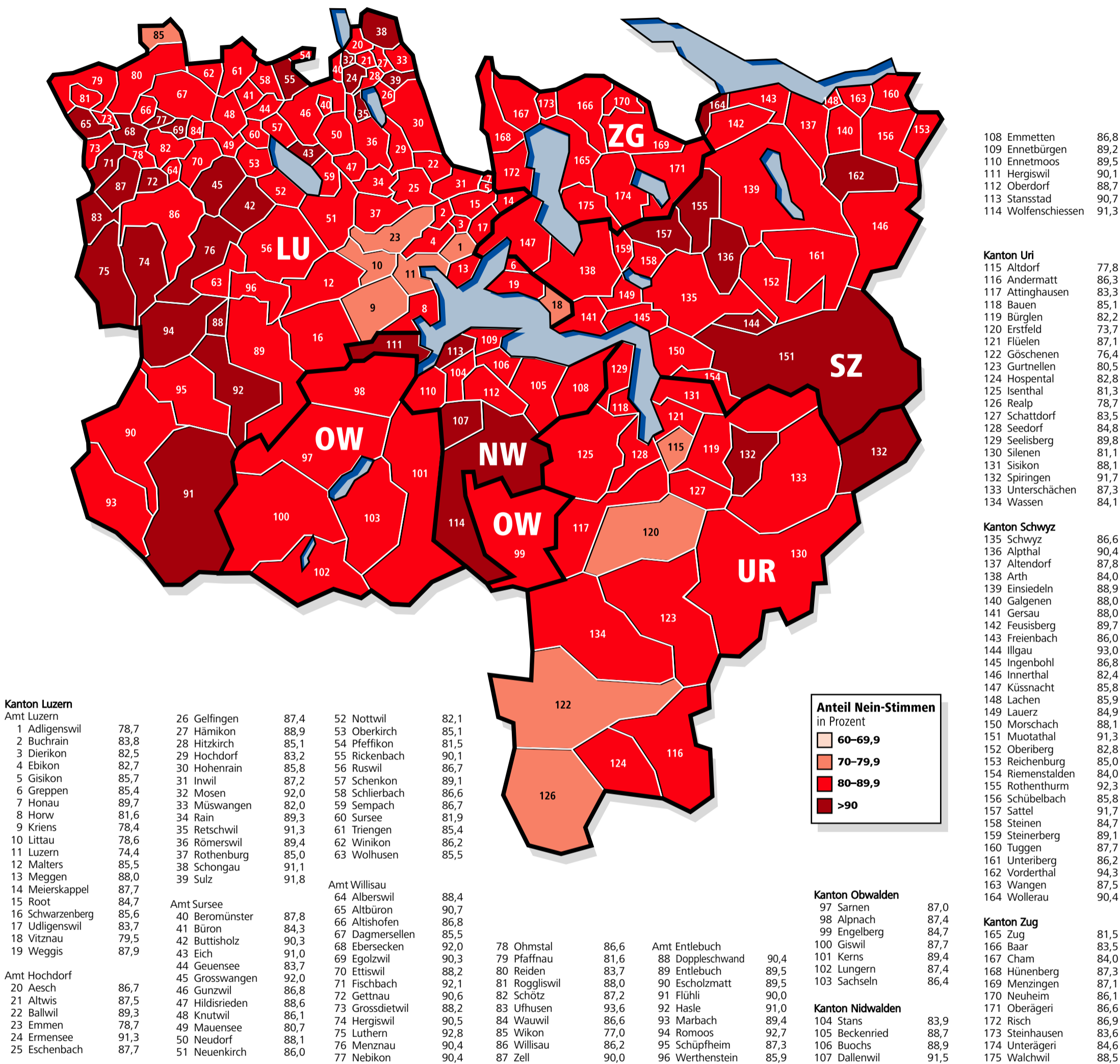


Einheitskrankenkasse

So stimmten die 175 Gemeinden



Einheitskrankenkasse

Das wuchtige Nein der Zentralschweizer Kantone

Die Einheitskrankenkasse hat bei den Stimmberechtigten keine Chance. Besonders klar fiel das Resultat in der Zentralschweiz aus.

Markus Dürr ist zufrieden. Die Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse wurde an der Urne deutlich verworfen: «Ich hatte mit einem solchen Ergebnis gerechnet. Überrascht hat mich einzig, dass in der Westschweiz die Zustimmung nicht grösser war», sagt der Präsident der kantonalen Gesundheitsdirektorenkonferenz.



Der Luzerner Gesundheitsdirektor Markus Dürr.

von 71,2 Prozent. Nicht in einer einzigen Zentralschweizer Gemeinde setzte es ein Ja ab. In vier der sechs Kantone gab es Gemeinden mit einem Nein-Stimmen-Anteil von über 90 Prozent: Im Kanton Luzern war dies in 24 Gemeinden der Fall, im Kanton Schwyz in sieben, im Kanton Nidwalden in drei und im Kanton Uri in einer Gemeinde. Im schweizerischen Vorderthal war die Ablehnung in der Zentralschweiz mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 94,3 Prozent am höchsten, in Erstfeld im Kanton Uri mit 73,7 Prozent am geringsten.

Ein welsches Anliegen
Gross war die Enttäuschung gestern beim Luzerner Komitee für die Einheitskrankenkasse. «Wir hätten uns ein besseres Resultat erhofft», sagt der Luzerner Nationalrat Louis Schelbert (Grüne Partei). Man habe bereits bei der Unterschriftensammlung gespürt, dass es sich bei der Einheitskranken-

kasse um eine Idee der Westschweiz handle.

Louis Schelbert sieht vor allem einen Grund für das deutliche Scheitern an der Urne: «Die Initiative war sehr allgemein gehalten. Wir konnten deshalb den Stimmberechtigten nicht genau sagen, was sie erwartet.»

Neuer Risikoausgleich

Sowohl für Markus Dürr wie auch für Louis Schelbert kann trotz dem wuchtigen Nein zur Einheitskrankenkasse nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden. Am meisten Handlungsbedarf sehen beide Politiker bei der Jagd nach guten Risiken. «Wir müssen den Risikoausgleich anders gestalten», sagt Markus Dürr. So gilt es seiner Ansicht nach künftig auch stärker zu berücksichtigen,

ob ein Versicherter sich in Spitalpflege begeben muss oder nicht.

Für Louis Schelbert gibt es zudem die Trennung zwischen Grundversicherung und Zusatzversicherung zu verbessern. «Sie ist ungenügend. Gleichzeitig ist die Aufsicht durch den Bund zu lasch.»

«Ein Fingerzeig»

Der Präsident der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren zieht aber auch noch einen weiteren Schluss aus dem Ausgang der Abstimmung: «Die Stimmberechtigten haben sich mit dem Nein zur Einheitskrankenkasse klar gegen eine staatliche Lösung ausgesprochen. Dies ist ein Fingerzeig, dass auch im Gesundheitswesen die Entwicklung Richtung weniger Staat gehen kann», sagt er.

«Wir konnten den Stimmbürgern nicht genau sagen, was sie erwartet.»

LOUIS SCHELBERT

DOMINIK BUHOLZER